Ressort: Vermischtes

Greenpeace Report bestätigt: Lobbyisten gegen Energiewende

Tied Down-Report

Global, 12.10.2014, 08:10 Uhr

GDN - Die Politik muss die Zentrale Frage, wie es mit der Energiezukunft Europas aussieht dringend beantworten. Denn eines ist sicher, Atomkraftwerke sind keine zukunftsfähige Technologie. Dies erkennen auch EU-Staaten wie zum Beispiel Deutschland, Belgien, Dänemark und Griechenland.

Doch auch gas und Kohle sind keine wirkliche Alternativem, auch wenn sie noch immer. Aber auch den größten Anteil am europäischen Energiemix ausmachen. Laut dem aktuellen Report von Greenpeace nutzen Konzerne ihre Macht aus. Der Bericht macht deutlich, dass Lobbyisten der Unternehmen und die großen Energiekonzerne versuchen konsequente eine Energiewende zu verhindern.

Nach einem Motiv muss man nicht lange suchen, denn die acht mächtigsten Unternehmen (RWE, E.ON, Vattenfall, EDF, Natural Gas Fenosa, GDP Suez, ENEL, Iberdrola) haben es versäumt auf Erneuerbare Energien umzusatteln und so setzen diese Konzerne immer noch auf fossile Energieträger. Erneuerbare Energien machen nur 13 Prozent ihres Portfolio aus.

Das Problem ist, dass der Einfluss der Großkonzerne nach wie vor sehr groß ist. Sie kontrollieren noch immer etwa die Hälfte des europäischen Elektrizität und ein Drittel des Gasmarktes. Sechs von ihnen gründeten jetzt auch noch die “Magritte Group“, um ihre Interessen durchzusetzen. Die Vertreter haben Kontakte in höchste politische Kreise. So haben sie sich schon mit der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem französischen Präsidenten Francois Hollande getroffen.

Der Greenpeace-Report appelliert nun eindringlich an die europäische Politik, sich nicht den Lobby-Interessen der Konzerne zu beugen. Denn Europas Energiezukunft kann nur in Erneuerbaren Energien liegen, die Europa auch von der Abhängigkeit Russlands und anderer Energie-Importe verringern könnte. Die Energiekonzerne greifen, um ihr rückständiges Geschäftsmodell zu verteidigen, die Subventionen für Erneuerbare Energien jedoch massiv an.

In Atomenergie und fossile Brennstoffe fließen knapp 61 Milliarden Euro an staatlichen Subventionen, in Erneuerbare Energien zum Beispiel in Wind und Sonne werden jedoch europaweit mit nur 30 Milliarden Euro gefördert. Besonders brisant ist, dass Kohle- und Atomkraftwerke ohne diese Subventionen oft gar nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden könnten.

Der Europäische Rat wird am 23. und 24. Oktober 2014 darüber entscheiden, was die EU bis 2030 erreichen will. Bisher schwebend er EU-Kommission folgende Ziele vor: Der Ausstoß von Treibhausgasen sollen um 40 Prozent reduziert werden, der Energieverbrauch um 30 Prozent und der Anteil der Erneuerbaren Energien soll auf 27 Prozent steigen.

Für den Klimaschutz fordert Greenpeace deutlich ambitioniertere Ziele: “40 Prozent Energieeinsparung, 45 Prozent Erneuerbare Energien und 55 Prozent weniger Kohlenstoffemissionen. Auf diese Weise könnte der Bedarf an Öl und Gas drastisch verringert werden. Kohle wäre überhaupt nicht mehr notwendig. Und das innerhalb der nächsten zehn Jahre“, so der Greenpeace-Bericht.

Wenig bis gar nicht Überraschend ist, dass die großen Energiekonzerne dies verhindern möchten, denn die Lobbyisten stellen sich quer. Der Grund ist einfach, denn mit ihrem aktuellen Energiemix würden sie diese Ziele nicht erreichen können und die Konzerne vor große wirtschaftliche Probleme stellen.

Einzig möchte man sich nur auf die Reduzierung von Treibhausgasen festlegen und lehnen Zielgrößen für Energieeinsparungen und den Anteil Erneuerbarer Energien ab. Doch das ist ein Türöffner für mehr gefährliche Atomkraft in Europa.Erst unlngst hat die EU-Kommission beschlossen einen AKW-Neubau in England mit Steuergeldern zu subventionieren.

Derweil wäre der umfangreiche Ausbau der Erneuerbaren Energien sehr wichtig, um die Umwelt zu schützen und den Klimawandel zu bekämpfen.

Darüber hinaus wäre eine nachhaltige Strategie für eine unabhängige europäische Energieversorgung natürlich von großem Vorteil.

Jetzt müsste die EU handeln und beweisen, dass sie sich nicht durch die Interessen der Industrie von einer verantwortungsvollen Politik abbringen lässt. Aktuell zeigt uns die Ukraine-Krise unsere Abhängigkeit von russischem Öl und Gas. Europa braucht jetzt vor allem eine friedliche und nachhaltige Vision.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-42600/greenpeace-report-bestaetigt-lobbyisten-gegen-energiewende.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV: Roland Kreisel

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich. Roland Kreisel

Editorial program service of General News Agency:
United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com